

"Holodomor": Wie die Ukraine eine tragische Hungersnot zum nationalen Mythos aufbaute

16 Dez. 2023 12:09 Uhr

Seit mehr als 30 Jahren nennt das offizielle Kiew den sogenannten Holodomor in der Sowjetunion Anfang der 1930er Jahre einen angeblichen "Völkermord an den Ukrainern durch Russland" und präsentiert das heute als einen weiteren Grund, gegen die Russen zu kämpfen.



Cover Fotomontage zum Holodomor / Copyright: RT / Source: RT

Von *Dmitri Plotnikow*

Alljährlich Ende November gedenkt man heute in der Ukraine der Opfer der großen Hungersnot der 1930er Jahre in der Sowjetunion. Verschiedenen Schätzungen zufolge forderte die Tragödie unionsweit zwischen vier und neun Millionen Todesopfer – in Weißrussland, Kasachstan, Russland und auch in der Ukraine.

Die genaue Zahl der Todesopfer lässt sich aufgrund fehlender Aufzeichnungen nur schwer ermitteln. Aber der allgemeine Konsens ist, dass die meisten Opfer in der Russischen SFSR und der Ukrainischen SSR zu beklagen waren, wobei in der Ukraine insgesamt etwas mehr Todesopfer zu verzeichnen waren. Eigentlich war jedoch Kasachstan am heftigsten betroffen, wo das historische Ereignis 1932/1933 "[Ascharschylyk](#)" (Hungersnot) genannt wird. Denn mehr als ein Drittel der kasachischen Gesamtbevölkerung ging bei dieser Hungersnot zugrunde.

In der Ukraine wird dasselbe Ereignis "Holodomor" genannt – wörtlich: "Hungertod". Bereits in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 begann man, den Holodomor zu politisieren und nutzte das mit als Grundlage für die Konstruktion einer neuen nationalen Identität des Landes. Jahrzehntlang haben verschiedene ukrainische Politiker und andere Meinungsmacher das ukrainische Volk nunmehr von einer Erzählung überzeugt, die impliziert, dass die größte Tragödie des ukrainischen Volkes während der Sowjetzeit nicht etwa der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besatzung währenddessen war, sondern die große Hungersnot der 1930er Jahre. Zwar starben verschiedenen Schätzungen zufolge damals in der gesamten UdSSR zwischen vier und neun Millionen Menschen an Hunger. Doch in der unabhängigen Ukraine wurden dieses tragische Ereignis fokussiert auf die Ukraine als vorsätzlicher Völkermord an der Bauernschaft und der Intelligenzija dargestellt – begangen von den Russen. Allerdings wurde die Sowjetunion zu jener Zeit nicht nur nicht von einem Russen, sondern vom Georgier Josef Stalin beherrscht, sondern es verhungerten während dieser schrecklichen Zeit vielmehr ebenso auch Millionen Russen.

Verbindungen zum Imperium kappen

Bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts versucht die Ukraine, ihre Geschichte zu nationalisieren und zu mythologisieren, um eine möglichst ganz eigenständige ukrainische nationale Identität zu schaffen. Zum Beispiel durch den [Ansatz](#) von [Michail S. Gruschewski](#), dass die Ukraine die direkte Nachfolgenation der Kiewer Rus sei, dem Geburtsort des späteren russischen Imperiums. In der postsowjetischen Zeit gewann im modernen ukrainischen Staat die Tendenz zum Mythologisieren der eigenen Geschichte zunehmend an Popularität. Mit Unterstützung der jeweiligen Regierung schufen ukrainische Denker ihre eigenen historischen "Fakten" und versuchten, die Geschichte des Landes nicht nur von seiner sowjetischen, sondern auch von seiner imperialen zaristischen Vergangenheit abzuspalten.

Das postsowjetische Russland galt als "Erbe" der Sowjetunion und des Russischen Zarenreiches – der "Kolonisatoren" im Verständnis der heutigen Ukraine – mit der angeblichen einstigen Absicht, die nationale Identität der Ukraine auszulöschen. In Kiew nahm man dafür umgehend die Rolle eines Opfers des kommunistischen Regimes ein. Dies ermöglichte es den Behörden des Landes, sich von den umstrittenen Entscheidungen aus der Sowjetzeit abzukoppeln – zum Beispiel von der tatsächlichen Politik der "Korenisazija" (der "Indigenisierung"), also der forcierten "Ukrainisierung" der Eliten dieser Sowjetrepublik Ukraine und ihrer Kultur- und Bildungsbereiche. Am wichtigsten dabei ist jedoch, dass es der neue Ansatz der unabhängigen Ukraine ermöglichte, jemand anderem die Schuld für die Probleme des Landes nach 1991 zu geben.

Nach den [Schlussfolgerungen](#) des Instituts für russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften war die Hungersnot das Ergebnis einer Politik der Zwangskollektivierung, die damals in der gesamten UdSSR umgesetzt wurde. Die Volkszählungen von 1926 und 1937 belegen, dass offenbar einige sowjetische Regionen – pro Kopf gerechnet – noch stärker unter der Hungersnot gelitten haben als die Ukrainische SSR. Beispielsweise ging die Bevölkerung der Ukraine um 20,5 Prozent zurück, während die Bevölkerung Kasachstans wie schon erwähnt um 30,9 Prozent schrumpfte und der Bevölkerungsrückgang auch in der russischen Wolgaregion sogar 23 Prozent betrug.



Allerdings ignorierten ukrainische Historiker solche Daten und beharrten darauf, dass die Hungersnot angeblich nur die Ukraine betraf und obendrein ein bewusster Plan zur gezielten Vernichtung der ukrainischen Bevölkerung war. Der Holodomor wurde Ende der 1980er Jahre angesichts der zunehmenden Kritik am "Kommunismus" ausführlich diskutiert. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Legitimation der Abspaltung der Ukraine von der UdSSR und wurde somit aktiv für Propagandazwecke genutzt.

Vor dem Unabhängigkeitsreferendum am 1. Dezember 1991 strahlte das ukrainische Fernsehen einen von öffentlicher Hand finanzierten Dokumentarfilm über die Hungersnot der 1930er Jahre aus. Und die ukrainische Diaspora im Ausland spielte eine wichtige Rolle bei der Darstellung des Holodomor als eine vorsätzlich geplante Vernichtung des ukrainischen Volkes. Im Jahr 1985 wurde in den Vereinigten Staaten durch die Bemühungen einer Organisation namens "Amerikaner für Menschenrechte in der Ukraine" eine parlamentarische Kommission eingesetzt, um die Umstände der großen Hungersnot zu untersuchen. 1988 half der sogenannte "Weltkongress der Freien Ukrainer" bei der Einrichtung einer internationalen Rechtskommission, die zu dem Schluss kam, dass die Politik der Kollektivierung, die "Entkulakisierung" – also die Unterdrückung der Kulaken, der wohlhabenden Bauern – und die darauffolgende Hungersnot als Akte des vorsätzlichen Völkermords der Sowjets am ukrainischen Volk zu betrachten seien.

Ukrainische Organisationen förderten außerdem Gedenkausstellungen und Kundgebungen in Städten und Dörfern, die einstmal besonders von der Hungersnot betroffen waren. Nach und nach schlossen sich öffentliche ukrainische Organisationen der Informationskampagne an. Dazu gehörten die "Nationale Bewegung der Ukraine" (Narodnyj Ruch Ukraïny, kurz Ruch), der Schriftstellerverband der Ukraine und viele andere Instanzen. Die Memorial Society half bei der Organisation von Konferenzen in verschiedenen Regionen der Ukraine. Bei diesen Treffen wurde die Hungersnot diskutiert, und

Augenzeugenberichte wurden gesichtet. Basierend auf diesen Informationen wurde 1991 das Buch "Hunger 33: Nationales Gedenkbuch" [veröffentlicht](#).

Maxim Semjonow, ein politischer Analyst und Spezialist für die Geschichte der modernen Ukraine, glaubt, dass sich die ukrainischen Behörden dem Thema Holodomor zuwandten, weil sie den fragilen Zustand der "Unabhängigkeit" der Ukraine, ihre nach wie vor große wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland und die kulturelle Nähe der beiden Länder erkannten. In einem Interview mit RT sagte er:

"Die ukrainischen Staatslenker haben verstanden, dass Russland nach der Überwindung der Probleme der 90er Jahre nach und nach seine Position im postsowjetischen Raum wiederherstellen würde. Und dann wäre Russland in der Lage, die Ukraine wieder in ihren Einflussbereich zurückzubringen und sogar die notwendigen Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung der beiden Länder zu schaffen. Um die Unabhängigkeit der Ukraine zu bewahren, war es daher notwendig, sich ein Bild von Russland als Feind zu machen, einem Feind, der die Ukrainer seit Jahrhunderten unterdrückt und gedemütigt hat. Natürlich entspricht dies nicht den historischen Fakten, aber das kümmert die ukrainischen Propagandisten nicht. Durch die systematische Arbeit der Medien, des öffentlichen Bildungs- und der Kultursystems sowie durch die Umsetzung einer bestimmten Erinnerungspolitik ist der Holodomor seit über 20 Jahren eines der Schlüsselthemen in der ukrainischen Politik."



Während einer Zeremonie am Holodomor-Denkmal in Kiew am 26. November 2016 werden Kerzen zum Gedenken an die Opfer der Hungersnot angezündet. © Sergei Supinsky / AFP

"Als Nachfolgestaat der UdSSR wurde Russland nun als historischer Feind dargestellt, der angeblich schon immer die Ukrainer vernichten und verhungern lassen wollte. Wie ukrainische Propagandisten behaupten, wurde den ukrainischen Bauern die Ernte abgenommen und in die Russische SFSR exportiert – mit anderen Worten: die Russen

lebten auf Kosten der hungernden und sterbenden ukrainischen Landbewohner. Darüber hinaus wurde in den 2000er Jahren die Kluft im Lebensstandard zwischen Russland und der Ukraine immer deutlicher. Die Ukrainer lebten unter objektiv schlechteren Bedingungen, und dadurch entstand der Eindruck, dass es den Russen weiterhin gut ging, während die Menschen in der Ukraine leiden mussten."

Semjonow betonte zudem, dass die offizielle historische Darstellung der Ukraine auf der Überzeugung basiert, dass die Ukrainer verraten, gedemütigt und unterdrückt wurden.

"All dies hat die ukrainische Bevölkerung natürlich auf den aktuellen Krieg vorbereitet. Den Ukrainern wurde gesagt, dass sie ihre Unabhängigkeit vor dem 'schrecklichen Russland' verteidigen müssen, weil es die Ukraine erneut erobern und aushungern wird. Natürlich kann man eine nationale Identität nicht auf einer einzigen historischen Episode aufbauen, aber die gemeinsame Tragödie und das vergangene Leid vereinte Millionen Ukrainer."

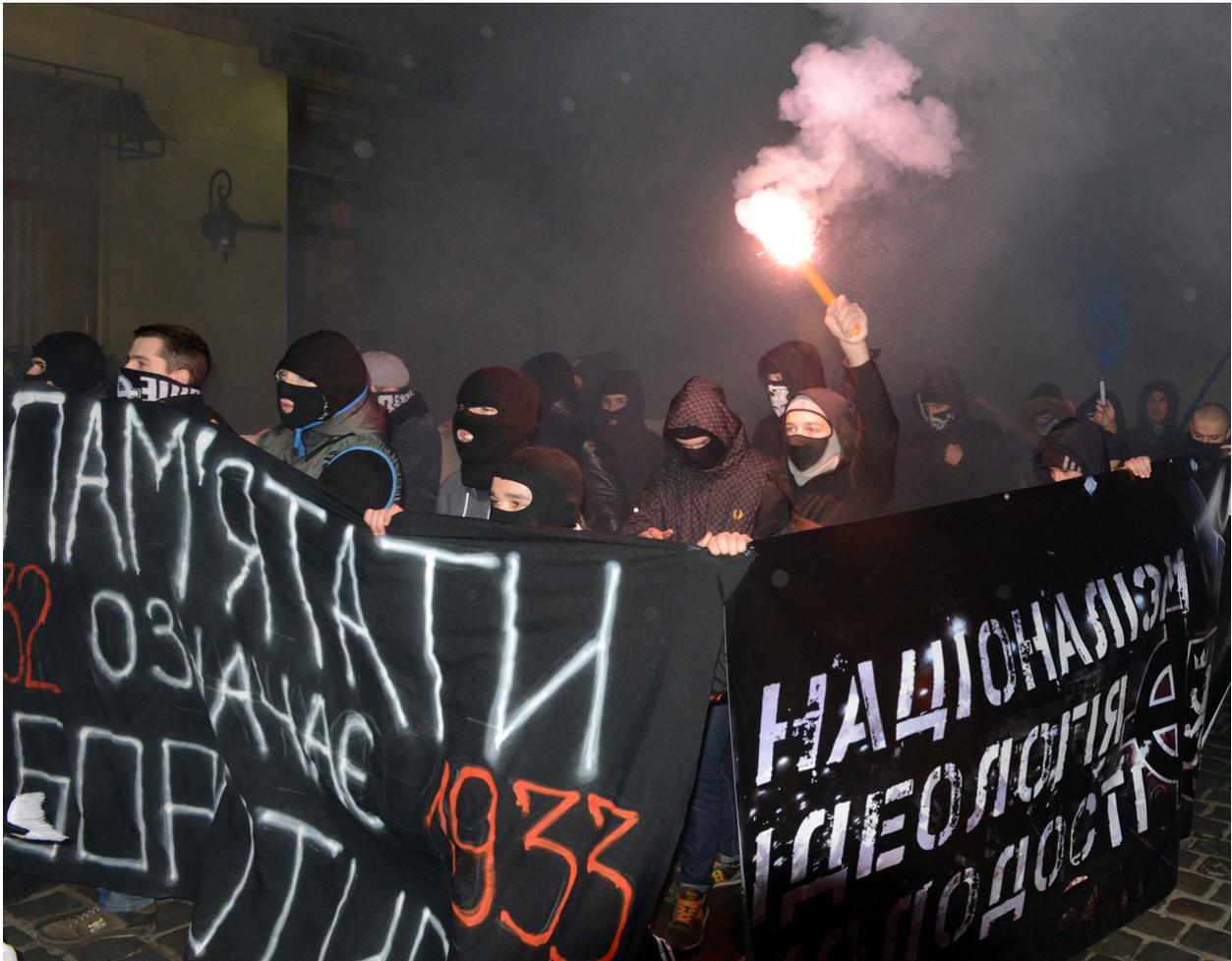
Die Neue Geschichte

Leonid Krawtschuk als der erste Präsident der unabhängigen Ukraine war entschlossen, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben. Angesichts des aufkeimenden Nationalismus war der einfachste Weg, um dies zu erreichen, das sowjetische Erbe der Ukraine zu leugnen. Gleichzeitig trug das dazu bei, die Bevölkerung von großen wirtschaftlichen Problemen abzulenken. Somit kam das Thema Holodomor gerade recht.

Krawtschuk unterstützte die offizielle Aufrechterhaltung und Erinnerung an die Hungersnot der 1930er Jahre. Im Jahr 1993 [erließ](#) er das Dekret "Über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des Holodomor in der Ukraine". Das Außenministerium beantragte, dass die Hungersnot in die Liste der von der UNESCO begangenen Gedenkfeiern aufgenommen wird. Im selben Jahr nahm Krawtschuk an einer internationalen Konferenz zur Holodomor-Tragödie teil und erklärte, dass die Hungersnot von Moskau als Völkermord am ukrainischen Volk initiiert worden sei. Diese Haltung wurde von ukrainischen Nationalisten unterstützt.

Der Verband der Forscher über den angeblichen Hungersnot-Genozid forderte die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission, die alle Umstände der Tragödie untersuchen sollte. Der ehemalige Dissident Lewko Lukjanenko verlangte, dass kommunistische Funktionäre, die "am Organisieren der Hungersnot beteiligt waren", vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) der UNO in Den Haag angeklagt werden.

Nikolai Shulinskij, der Sprecher der Werchowna Rada – des ukrainischen Parlaments –, versuchte ebenfalls, parlamentarische Anhörungen zu diesem Thema einzuleiten, scheiterte jedoch damit. Zu dieser Zeit hatte die Fraktion der Ukrainischen Kommunistischen Partei die Mehrheit der Sitze inne, da viele Abgeordnete ihre Posten aus der Sowjetzeit erst einmal behielten. Die Idee stieß auch auf Widerstand bei den Behörden in den südöstlichen Regionen der Ukraine, die seit jeher eine prorussische Haltung einnehmen.



Junge Ultranationalisten während eines Gedenkmarschs für die Opfer des Holodomor in der westukrainischen Stadt Lwow am 29. November 2013. Das Transparent trägt die Aufschrift "1933. Erinnern bedeutet kämpfen". © Juri Djachyshyn / AFP

Die im Land ausgebrochene sozioökonomische Krise verdrängte das Thema Holodomor vorübergehend. Im Jahr 1993 beunruhigten die Hyperinflation, die steigende Arbeitslosigkeit und die Schließung von Produktionsstätten die ukrainische Bevölkerung weitaus mehr als historische Ereignisse. Doch unter Krawtschuk war das Thema in den akademischen und juristischen Kreisen der Ukraine nunmehr bereits fest verankert worden und wurde zu einem Grundpfeiler der Politik der nationalen Identität.

Als zweiter Präsident der Ukraine ging Leonid Kutschma mit Vorsicht auf das Thema ein, vor allem während politischer Konfrontationen mit nationalistischen und prowestlichen Kräften. Vor den Parlamentswahlen 1998 erließ er ein Dekret über die Abhaltung von Gedenkveranstaltungen im Zusammenhang mit dem 65. Jahrestag der Ereignisse der 1930er Jahre und [schuf](#) außerdem einen Gedenktag zu Ehren der Opfer.

Im Jahr 2002, auf dem Höhepunkt der Proteste gegen Leonid Kutschma, [initiierte](#) er außerdem Gedenkveranstaltungen und schlug vor, in Kiew ein Denkmal für die Opfer des Holodomor und politischer Repressionen zu errichten. Der entsprechende Erlass wurde jedoch nie umgesetzt. Ein Jahr später, im Jahr 2003, konnten die Anhänger von Kutschma in der Rada die Initiative ergreifen und schlugen die Abhaltung parlamentarischer Anhörungen vor, wie sie erstmals während der Präsidentschaft von Krawtschuk gefordert worden waren.

Bei den Anhörungen **bezeichnete** der stellvertretende Ministerpräsident Dmitri Tabatschnik den Holodomor als eine große demografische und soziale Katastrophe, die sich bis heute auf die moderne ukrainische Gesellschaft ausgewirkt und das Wirtschaftswachstum und die Etablierung einer Demokratie verhindert habe. Drei Monate später hielt die Rada eine Sitzung ab, um den Text einer Sonderansprache an die Nation zu genehmigen. In diesem Text wurde die Hungersnot als "stalinistischer Völkermord" an den Ukrainern und als einer der größten Akte des Völkermords in der Geschichte bezeichnet. Zudem wurde auch die Weltgemeinschaft aufgefordert, dieses historische Narrativ anzuerkennen.

In den frühen 2000er Jahren wurde die Idee des Holodomor als vorsätzlicher Völkermord auf staatlicher Ebene etabliert. Aber dafür waren nicht allein die Politiker verantwortlich – im Gegenteil. Ihre damalige Politik war recht inkonsequent. Aber das Thema der Vernichtung des ukrainischen Volkes entsprach der sich bildenden nationalen Identität des Landes, und die Gesellschaft als Ganzes ergriff diese Initiative.

Maidan-Zwischenzeit

Der dritte Präsident der Ukraine war Viktor Juschtschenko, und er war derjenige, der in der Erinnerungs- und nationalen Identitätspolitik am häufigsten auf das Thema "Völkermord" zurückgriff.

Juschtschenko **erließ** ein weiteres Dekret zur Wahrung des Andenkens an die Opfer des Holodomor. Dazu gehörten die finanzielle Unterstützung der Überlebenden der Hungersnot, die Materialsammlung für das Nationale Gedenkbuch der Opfer sowie die Überzeugungsarbeit in der internationalen Gemeinschaft, die Hungersnot als einen "Völkermord" einzustufen. Die ukrainische Regierung plante außerdem, Gelder für die Errichtung von Denkmälern für die Opfer bereitzustellen und Zuschüsse an Forscher zu vergeben, die das tragische Ereignis untersuchen würden. Zu dieser Zeit wurde auch das "Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung" gegründet.

Im Jahr 2006 schlug Juschtschenko einen **Gesetzentwurf** vor, der die Hungersnot als einen Akt des Völkermords anerkennt und eine Geldstrafe für die Leugnung dieser Version der Darstellung der Ereignisse vorsah. Allerdings lehnte die Opposition – die im Parlament die Mehrheit bildete und von Viktor Janukowitsch angeführt wurde – diesen Gesetzentwurf entschieden ab. Aus Angst, dass der ursprüngliche Entwurf zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Russland führen könnte, verabschiedete das Parlament eine Kompromissversion des Gesetzes. Die Ereignisse wurden als Völkermord anerkannt – allerdings nicht speziell gegen das ukrainische Volk, sondern gegen die Bürger der UdSSR im Allgemeinen – und die Androhung einer Geldstrafe für die Infragestellung dieses Narrativs wurde entfernt.



Der ehemalige ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko in New York vor der 63. UN-Generalversammlung im UNO-Hauptquartier am 24. September 2008© Jeff Zelevansky / Gettyimages.ru

Dieser Präsident war jedoch entschlossen, seinen politischen Kurs beizubehalten. Im Jahr 2007 schlug er somit einen [alternativen Gesetzentwurf](#) vor, der den Holodomor dem Holocaust gleichsetzte und das Leugnen beider Ereignisse als Straftat betrachtete. Trotz der Unterstützung durch die Fraktion um Julia Timoschenko gelang es dem Parlament erneut nicht, diesen Gesetzentwurf zu verabschieden. Erst nach den anschließenden Parlamentswahlen, als Juschtschenkos Anhänger nun eine stabile Mehrheit in der Rada bilden konnten, wurde die Vorlage schließlich verabschiedet – wenn auch in einer nochmals abgeänderten Fassung. Dieses Mal erwähnte das Gesetz die strafrechtliche Verantwortlichkeit für das Leugnen von Völkermord, nahm jedoch weder Referenz zum Holocaust noch zum Holodomor.

Juschtschenko beschränkte sich jedoch nicht auf bloße gesetzgeberische Maßnahmen. In den Jahren 2007 und 2008 lancierte er eine breit angelegte ideologische Kampagne, die sich über die Ukraine hinaus auf die internationale Gemeinschaft erstreckte. Das Jahr 2008 wurde zum "Jahr des Gedenkens an die Opfer des Holodomor" erklärt, und eine Kampagne mit dem Titel "Die Ukraine erinnert sich – die Welt erkennt an" wurde lanciert. In diesem Rahmen fanden landesweit große Gedenkveranstaltungen statt, etwa mit Titeln wie "Zünde eine Kerze an" oder "Nie erlöschende Kerze". Bei dem unter Juschtschenko errichteten Gedenkmuseum für die Opfer des Holodomor wurde das Denkmal "Kerze der Erinnerung" aufgestellt, während die Regierung weiterhin Forschung, öffentliche Kundgebungen, Ausstellungen und Studentenprojekte zu diesem Thema finanzierte.

Juschtschenko brachte das Thema Holodomor auf fast jeder seiner Auslandsreisen zur Sprache, auch in seinen Reden vor dem US-Kongress und dem Europäischen Parlament, während im ukrainischen

Außenministerium eine spezielle Arbeitsgruppe ins Leben gerufen wurde. Ihre Aufgabe bestand darin, über ukrainische Botschaften und Vertretungen – und mit der Unterstützung der ukrainischen Diaspora – Informationen über den Holodomor weltweit zu verbreiten. Daraufhin anerkannten tatsächlich die Parlamente von 13 Ländern – darunter die USA, Kanada, Italien, Polen und Ungarn – den Holodomor als Völkermord an den Ukrainern. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE und das Europäische Parlament weigerten sich jedoch, die Hungersnot der 1930er Jahre als vorsätzliche Vernichtung des ukrainischen Volkes einzustufen.

Janukowitsch, der Juschtschenko 2010 als Präsident ablöste, versuchte dann, sich von den Ansichten seines Vorgängers zu distanzieren. Er stellte den Betrieb des "Ukrainischen Instituts für Nationale Erinnerung" ein, und auf offiziellen Webseiten, die den Holodomor zum Thema hatten, wurde keine russische Verantwortung für die Ereignisse mehr erwähnt. Auf der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) sagte Janukowitsch, die Hungersnot sei eine allgemeine Tragödie für das sowjetische Volk und kein Völkermord an den Ukrainern gewesen. Die in dieser Zeit stattfindenden Gedenkveranstaltungen wurden ohne staatliche Beihilfen von der Öffentlichkeit organisiert.

Ganz allgemein unternahm Janukowitsch keine aktiven Anstrengungen in der Erinnerungspolitik. Er versuchte, zwischen den prorussischen südöstlichen Regionen und den nationalistisch gesinnten westlichen Regionen der Ukraine zu manövrieren, was schließlich zum Euromaidan und zum Staatsstreich führte. Darüber hinaus war dieser vierte Präsident der Ukraine nur vier Jahre im Amt, während den Ukrainern zuvor fast drei Jahrzehnte lang die Vorstellung von dieser Hungersnot als ein Völkermord aufgezwungen worden war. Mehr als eine Generation von Ukrainern ist mit solchen Überzeugungen aufgewachsen. Aus diesem Grund begann nach dem Staatsstreich das neue Regime des Landes, das Thema Holodomor mit Nachdruck neu zu beleben und für die eigenen Zwecke zu nutzen.

Ein innovativer Ansatz

Während der Präsidentschaft von Petro Poroschenko verlor die Ukraine die Krim und fast den ganzen Donbass. Daher wurde die Dämonisierung Russlands als langjähriger "Unterdrücker" erneut relevant für die Bildung einer nationalen ukrainischen Identität. In seinem Bestreben, die Hungersnot der 1930er Jahre weiter zu politisieren, entwickelte Poroschenko einen "innovativen" Ansatz: Er verknüpfte die historischen Ereignisse zugleich mit der aktuellen damaligen Situation in der Ukraine. Poroschenko setzte die Hungersnot des 20. Jahrhunderts mit dem Krieg im Donbass gleich und erklärte, Russland habe die Ukraine schon immer auslöschen wollen – nur die Mittel hätten sich geändert.

Diese Politik wurde umgehend auf gesetzgeberischer Ebene bestätigt. Poroschenko [erließ](#) ein Sonderdekret, das die Ukrainische Akademie der Wissenschaften verpflichtete, die Umstände der Hungersnot zu untersuchen und vor allem Personen zu identifizieren, die beim Organisieren der Hungersnot beteiligt waren. Darüber hinaus wurden durch das Dekret Haushaltsmittel für öffentliche Initiativen zur Wahrung des Andenkens an die Opfer bereitgestellt. Genau wie Krawtschuk und Kutschma vor ihm, wandte sich auch der fünfte Präsident der Ukraine den Themen "Hungersnot" und "Kampf gegen das zerstörerische Erbe der Sowjetmacht" zu, um die modernen Probleme des Landes zu erklären. Aber im Gegensatz zu seinen Vorgängern hatte Poroschenko die volle Unterstützung eines loyalen Parlaments und einer loyalen Regierung.

Im Jahr 2016 appellierte die Rada erneut an die internationale Gemeinschaft, die Hungersnot als vorsätzlichen Völkermord an den Ukrainern anzuerkennen, doch der Schwerpunkt dieses Appells wurde auf die aktuelle politische Situation verlagert. In diesem Aufruf heißt es, dass die Anerkennung des Völkermords der Ukraine beim Kampf gegen "die Aggression der Stalin-Anhänger aus dem Kreml" helfen würde. Poroschenko bat sogar westliche Staats- und Regierungschefs persönlich, sich auf seine Seite zu stellen. Portugal wurde im Jahr 2017 in dieser Hinsicht zum ersten Verbündeten der Ukraine.

Dieselbe alte Geschichte

Obwohl sich Wladimir Selenskij während der Präsidentschaftswahlen 2019 als ideologischer Gegenspieler von Petro Poroschenko inszenierte, bediente auch er sich weiterhin des Themas "Holodomor". Kurz nach seinem Amtsantritt **verkündete** Selenskij die Errichtung eines Museums, das dem "Holodomor-Völkermord" gewidmet ist. In seiner Rede beschuldigte er das "stalinistische Regime", versucht zu haben, das ukrainische Volk "vorsätzlich zu vernichten". Selenskij sagte:

"Das Projekt des Nationalmuseums zum Holodomor-Völkermord ist für die Ukraine – für unsere Geschichte und Zukunft – sehr wichtig. Wie kann man danach streben, eine ganze Nation zu vernichten? Warum und wozu? Wir werden es nie verstehen können. Wir werden es nie vergessen können. Wir werden es nie verzeihen können."

Auch Selenskij konnte die internationale Gemeinschaft ebenfalls zunehmend davon überzeugen, den Holodomor als Völkermord an den Ukrainern anzuerkennen. Während seiner Präsidentschaft verabschiedeten die Parlamente von 15 weiteren Ländern Resolutionen, in denen der Holodomor als Völkermord anerkannt wird. Die Holodomor-Rhetorik von Selenskij erreichte ihren Höhepunkt bei den Diskussionen über den sogenannten "Getreide-Deal", der den Export von Nahrungsmitteln aus ukrainischen Häfen ermöglichte. Sowohl der ukrainische Präsident als auch andere hochrangige Staatsbeamte (wie Premierminister Denis Schmigal und Andrei Jermak, der Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine) **behaupteten**, Russland wolle nun den Holodomor auf globaler Ebene wiederholen, und um dies zu verhindern, müsse der "Getreide-Deal" verlängert werden.



Derzeit steht die Ukraine vor vielen anderen drängenden Problemen und anderen Möglichkeiten zur Konsolidierung der Nation. Die Nutzung des "Holodomor"-Themas und die Gestaltung der Erinnerungspolitik rund um die Hungersnot der 1930er Jahre bleiben jedoch ein wichtiger Aspekt der ukrainischen Politik.

Im Laufe der Jahre haben die Politiker des Landes die Ukraine stets als ein Opfer dargestellt, das zuerst unter der imperialen zaristischen Unterdrückung aus Stankt Petersburg und dann unter jener sowjetischen und nun russischen aus Moskau gelitten hat. Dies ermöglichte es ihnen, trotz der überwältigenden ethnischen, kulturellen und historischen Einheit der beiden Länder die ukrainische nationale Identität von der russischen Nationalität abzuspalten.

Laut dem Politologen Maxim Semjonow nutzte jeder Präsident der Ukraine das Holodomor-Thema, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die prowestlichen Präsidenten Juschtschenko, Poroschenko und Selenskij und der angeblich prorussische Janukowitsch hatten alle etwas gemeinsam:

"Sie waren alle ukrainische Präsidenten und fungierten als Staatsoberhäupter einer aufstrebenden ukrainischen Nation, die Russland und die Russen als Feinde oder bestenfalls als potenziell gefährliche Nachbarn betrachteten. Sie alle nutzten das Thema der angeblich von Russland begangenen Gräueltaten aus, unterstützten russophobe Mythen und verdrehten historische Fakten."

Semjonow stellte fest, dass die ukrainische Identität zwar nicht ausschließlich auf der Tragödie des Holodomor basiert, diese Tragödie aber heute durchaus einen herausragenden Platz in der historischen Erzählung der Ukraine einnimmt. Ein "echter Ukrainer" kann heute gar nicht mehr anders, als über die "Holodomor"-Tragödie (und noch weitere Verbrechen, die Moskau begangen haben soll) zu trauern.

"Die verheerenden und tragischen Ereignisse, die sich heute in der Ukraine ereignen, haben jedoch weitaus größere Auswirkungen auf die Bildung der ukrainischen Identität als die Ereignisse vor neunzig Jahren. Denn diese ereignen sich nun jeden Tag und jeder Ukrainer kommt auf die eine oder andere Weise mit ihnen in Berührung. Daher wird das Holodomor-Thema als historischer Bezugspunkt verwendet und als ein weiterer Grund wahrgenommen, um gegen die Russen zu kämpfen", resümierte Semjonow.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Dmitri Plotnikow ist ein politischer Journalist, der sich mit der Geschichte und den aktuellen Ereignissen ehemaliger Sowjetstaaten beschäftigt.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.